

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.  
Verlagskonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e. V. m. B. G.“ Breslau.  
Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Sonntag, 2. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Pfg., auswärts 0,90 Pfg. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Pfg. Reklame: Die Millimeterzeile, gewöhnlich oder deren Raum im Text 3.— Pfg.

## Massenausperrungen in der Metallindustrie.

Gestern sind in allen dem Verbande der Thüringischen Metallindustriellen angeschlossenen Betrieben sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden, nachdem die Metallarbeiter der streikenden Betriebe auf das Ultimatum der Unternehmer hin die Arbeit am Mittwoch nicht aufgenommen hatten.

Dieser Gewaltstreik der Thüringer Metallindustriellen erfolgt nach derselben Methode, wie sie die Unternehmer der chemischen Industrie in Höchst, Griesbach usw. angewendet haben.

Gezwingen durch die steigende Teuerung hatten die Thüringer Metallarbeiter Lohnforderungen gestellt. Durch erfolglose Verhandlungen haben die Unternehmer die Arbeiter wochenlang hinausgezögert, bis die Metallindustriellen endlich erklärten, überhaupt nicht mehr mit der Arbeiterschaft verhandeln zu wollen. Daraufhin sind am 24. September die Metallarbeiter in Apolda, Arnstadt, Eisenach, Erfurt, Gotha, Greiz, Mühlhausen, Nordhausen, Saalfeld, Suhl, Schmalkalden, Weimar und anderen Orten in den Streik getreten. In Gotha und Mühlhausen haben die Lehrlinge, die zur Streitarbeit herangezogen werden sollten, ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Daraufhin erfolgte das Ultimatum der Unternehmer, in dem sie bis Mittwoch bedingungslose Unterwerfung verlangten.

Die deutsche Arbeiterschaft befindet sich zweifellos in den Anfängen eines neuen Ausperrungszyklus gegenüber dem Unternehmertum. Genau so, wie die Kapitalisten ihre Kämpfe systematisch vorbereiten und planmäßig durchführen, muß auch die Arbeiterschaft sich zusammenschließen und den Abwehrkampf auf möglichst breiter Grundlage und mit der größtmöglichen Stützkräften führen.

### Der Zweck der höchsten Ausperrung.

Wegen der Ausperrung in den chemischen Fabriken von Höchst, Griesheim, Kellertbach und Panau fanden gestern in Frankfurt Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Arbeitervertretern statt. Ein Privattelegramm meldet uns darüber folgendes:

In der am 28. September in Frankfurt tagenden Sitzung, die sich aus Vertretern des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie, Sektion 7, und der Verhandlungskommission der Arbeiternehmer zusammensetzte, hatte der Arbeitgeberverband folgende Erklärungen abgegeben: 1. Der gefestigte Zustand in den Werken ist umgehend wiederherzustellen und den Werksleitungen die alleinige und unumschränkte Verfügungsgewalt einzuräumen. 2. Die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und Arbeiterinnen erfolgt nach Maßgabe des Bedarfs und nach freiem Ermessen der Werksleitungen. 3. Ueber die Regelung der sich aus dem Dienst-

alter ergebenden Rechte ist der Arbeitgeberverband nicht in der Lage, schon jetzt eine Erklärung abzugeben. 4. Die Entschädigung für nichtgeleistete Arbeit wird abgelehnt.

Aus dieser Erklärung spricht die Unternehmerrutalität in reinster Potenz. Das Kapital läßt den letzten Schleiher fallen und zeigt offen aller Welt, was es mit dem „Höchster Wusch“, mit der Ausperrung von 20 000 Arbeitern bezweckt.

Man halte sich kurz folgende Tatsachen vor Augen: Die an sich schon schlecht entlohnten Arbeiter der chemischen Industrie geraten durch die Teuerung in eine bittere Notlage. Sie verlangen einen kleinen Bruchteil der von ihnen erzeugten Riesenprofite zurück, um ihre Existenz, wenn auch kümmerlich, stiften zu können. Das Unternehmen, dessen Aktien an der Börse einen schwindelhaft hohen Kurs erreichten und das Mühe hat, durch alle möglichen Bilanzverschleierungen die volle Höhe des Profits zu verbergen, muß notgedrungen seinen Proleten einige kleine Zugeständnisse machen. Es verzögert aber die Auszahlung der schon bewilligten Lohnserhöhungen.

Da kommt die Oppauer Katastrophe. Ein Werksbeamter benützt diese Gelegenheit, um die Arbeiterschaft durch eine hundsgemeine Neuerung bis aufs Blut zu reizen. Diese demontriert, verlangt nicht nur Entlassung des betreffenden Beamten, sondern auch Erfüllung ihrer längst gestellten und teilweise bewilligten Forderungen. In ruhig verlaufenen Verhandlungen werden unter Weisheit von staatlichen Beamten den Arbeitern bestimmte Zugeständnisse gemacht. Diese gehen auch ruhig wieder an die Arbeit. Das war am Donnerstag.

Am Sonabend wird der Betriebsrat nach Frankfurt zu Verhandlungen gerufen und ihm mitgeteilt, daß die am Donnerstag gemachten Bewilligungen zurückgenommen und daß die Arbeiter keinen Pfennig bekämen.

Erst wenn man sich diese Vorgänge vor Augen hält, dann kann man die gestern in Frankfurt von den Unternehmern abgegebene Erklärung verstehen. Freilich: Punkt 1. ist mit dem Augenblick hinfällig, in dem sie die Ausperrung aufheben. Punkt 2: die Wiedereinstellung erfolgt nach freiem Ermessen der Werksleitung zeigt den wahren Zweck der Ausperrung.

Sämtliche aufrechte und kampfschlossene Arbeiter sollen dem Hunger überliefert und gemartert werden.

Dadurch glaubt das Unternehmertum, nicht nur um die Erfüllung seiner eigenen Zugeständnisse herumzukommen, sondern es will damit auch die rückgratigsten Kämpfer aus der Arbeiterschaft los werden, die, vom Oppauer Unglück gewirgt, durch energisches Verlangen bestimmter Schutzmaßnahmen bei der Arbeit, dem Unternehmertum Schwierigkeiten bereiten könnten.

Wenn die Unabhängigen Eingreifen des Arbeitsministers gegenüber der offenkundigen Unternehmerrutalität fordern, so sagen wir, daß es verfehlt ist, von einer Stimmregierung wirkungsvolle Maßnahmen gegen das Ausbeutertum zu verlangen. Unzumutliche Löhne und beständige Sicherung ihres Lebens bei der Arbeit können die Proleten der chemischen Industrie nur erreichen durch eine einheitliche Solidaritätsaktion des gesamten Industriezweiges. Es gilt daher, die ausgesperrten Arbeiter in Höchst durch materielle und moralische Hilfe zu unterstützen.

## England, Frankreich und Deutschland.

Von Karl Radek.

Das Problem der Beziehungen Frankreichs und Englands wird mit jedem Tage mehr zur aktuellsten Frage der europäischen Politik. Es ist die bewegende Kraft vieler Ereignisse nicht nur in Europa, sondern auch in dem nahen Osten. Alle heuchlerischen Nebenarten von der Freundschaft und dem Bündnis dieser zwei Staaten, mit deren Hilfe die Diplomatie beider Länder und die Bourgeoisie-Presse die Volksmassen zum Narren gehalten hat, haben schon aufgehört, irgendeinen Einfluß auszuüben. Die Interessengegensätze der beiden Regierungen, die Gegensätze in ihrer Politik traten schon mit solcher Kraft zutage, daß die Entente nur noch eine Bedeutung hat: Wären Frankreich und England nicht in derselben Gruppe, würden sie nicht systematisch versuchen, irgendwie alle Konflikte zu überbrücken, so würden diese beiden Staaten gegeneinander als zwei Feinde auftreten. Nur aus Furcht vor den Folgen des offenen Zusammenstoßes ihrer Interessen versuchen sie, die Entente als eine Form eines, wenn auch nur provisorischen Übergangsausgleiches zu erhalten.

Das Verschwinden des kapitalistischen Rußlands, des Verbündeten Frankreichs, ist der Ausgangspunkt ihrer Streitigkeiten. Mit Hilfe Englands und Amerikas besiegte Frankreich Deutschland. Es entwarf diese Politik und besitzt einen deutschen Wechsel, lautet auf die Verabsichtung einer bedeutenden Kriegserlösbilanz. Frankreich ist aber vollkommen im Klaren, daß dieser Wechsel nur solange wirksam ist, solange es imstande ist, Deutschland mit der Waffe in der Hand die Erfüllung der Verpflichtungen auf zu zwingen. Frankreich, das seinen politischen und ökonomischen Verfall, die Friederückung der Bayern kennt, weiß, daß weder sein Verfall noch die Verabsichtung der Gelder aus Deutschland, der Restaura der ökonomischen Gebiets eine erschütternde Volksebene innerhalb Frankreichs selbst hervorbringen kann. Ein Grundbedenken für Frankreich ist eine solche Einkreisung Deutschlands, daß dieses die Unmöglichkeit jeden andern Ausweges, befreit und sich widerstandslos unterwirft. Aber der russische Verbündete, der Paris, der sogar in der Friedenszeit über Millionen von Majoraten verfügte, ist herabgewürdet. An seiner Stelle hat Frankreich Polen geschaffen, hat ihm die von Deutschen bewohnten Gebiete angeteilt, um es in einen Zustand der Feindschaft mit Deutschland zu erhalten, um es auf diese Weise zum Nachbarn der Schuld Deutschlands an Frankreich zu machen.

Frankreich vertritt die tschechoslowakische Opferländer zu seinen Verbündeten zu machen. Alle diese Versuche sind aber auf Sand gebaut. Die französische Regierung hat schon Milliarden für die Bewaffnung Polens ausbezahlt. Aber die Politik der polnischen Expansion nach allen Richtungen hat Polen in einen solchen Verfall gebracht, daß es aufgehört hat, eine unabhängige militärische Stütze zu sein. Die praktischen tschechischen Bourgeois denken auch nicht einen Augenblick daran, das Blut ihres Proletariats für das herrliche Frankreich zu vergießen.

In dieser Situation zeigen sich zwei Richtungen, zwei Versuche der Problemlösung in der französischen Politik. Die eine Richtung, die der Militaristen, erstrebt die Teilung Deutschlands, die Verschiebung der französischen Grenze bis zum Rhein, die Schaffung eines unter dem ausschließlichen Einfluß Frankreichs stehenden Staates aus dem katholischen Bayern und aus Oesterreich. Die zweite Richtung, die der Kreise der französischen Industriellen, versucht die deutsche Industrie mit der französischen zu vereinigen, um auf diese Weise die Fähigkeit Deutschlands, seine Verpflichtungen zu erfüllen, zu vergrößern und es in das französische Schlepptau zu nehmen.

Keiner von diesen beiden Wegen entspricht den englischen Interessen. Es ist überhaupt nicht daran interessiert, daß deutsch-französische Beziehungen ins Geleise der normalen kapitalistischen Verhältnisse kommen: die deutsch-französische Feindschaft behält der englischen Diplomatie, die Rolle eines Vermittlers zwischen den Mächten zu spielen. Das Verschwinden des Rußlands auf der Grundlage einer Verschiebung der französischen Grenze ist für Frankreich die Verwirklichung des tschechischen Verbündeten, der dem französischen Proletariat die Möglichkeit bietet, die deutsche Industrie als die eben verführte deutsche Industrie zu betrachten.

Im Augenblick, da die tschechischen Arbeiter, in der Frage der Teilung Deutschlands, den französischen Bourgeois gegenüber, die Rolle eines Vermittlers zu spielen, das Verschwinden des Rußlands auf der Grundlage einer Verschiebung der französischen Grenze ist für Frankreich die Verwirklichung des tschechischen Verbündeten, der dem französischen Proletariat die Möglichkeit bietet, die deutsche Industrie als die eben verführte deutsche Industrie zu betrachten.

## Amerika gegen Sowjetrußland.

(C.C.) Washington, 1. Oktober 1921.

Eine offizielle Mitteilung erklärt, daß alle von dem aus den Vereinigten Staaten ausgewiesenen Sowjetagenten Mariens getroffenen Handelsabmachungen sich als wertlos erwiesen. Der Präsident für die amerikanische Vereinigung für die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland, Emerson Jennings, der sich in Rußland befindet, berichtet, eine Wiederaufnahme des Handels sei unmöglich, solange die Sowjetregierung am Ruder sei, „da diese keine Verträge halte“. — Das amerikanische Bundesgericht lehnte es gestern gleichfalls ab, die Sowjetregierung anzuerkennen, indem sie eine Klage der Sowjetregierung auf Rückerstattung einer Reihe von russischen Schiffen, die sich im Hafen von New-York befinden, a limine abwies. Es erklärte, Rußland besitze eine Regierung, die nicht anerkannt sei und daher einen Anspruch nicht erheben könne.

Die amerikanischen Ausfälle gegen die Sowjetregierung fügen sich so gut in den allgemeinen Kreuzzugsplan gegen die Sowjetregierung, daß sie nur einen neuen Beweis der allgemeinen Angriffabsichten ergeben.

### Trost über die Kriegsgefahr.

Am 25. September fanden in Moskau und Petersburg große Truppenparaden zur Feier der Andenkerung an den Roten Generalkommandanten statt. Nach dem vorliegenden Bericht nahm die Feier in Moskau unter Anteilnahme der ganzen Bevölkerung einen großartigen Verlauf. Vor der Abnahme der Parade auf dem Roten Platz hielt Trotski folgende Ansprache an die Roten Truppen: Unser Ziel ist der Friede. Die Periode des friedlichen Aufbaus wird durch die Demobilisierung der Roten Armee und Beginn mit der Arbeit auf allen Gebieten der Wirtschaft. Die Nacht der Arbeiter und Bauern hat immer noch zu tun mit ihren Nachbarn gewollt und ist gewillt, sie zu unterstützen.

erst in den Kampf getreten, um sich den ungehörten friedlichen Aufbau zu sichern. Sie braucht diesen Frieden, um die Zerrüttung der Wirtschaft zu überwinden und dem Hunger, der über die Wolgagebiete hereinbrach, wirkungsvoll gegenüber zu treten. Doch wie die letzten Ereignisse beweisen, hat sich ein neuer Ring von Feinden gebildet, der Sowjetrußland bei seinem Werk stören will. Die französische Börse bereitet einen neuen Krieg vor. Sie spielt die Hauptrolle bei allen Versuchen, Rußland in einen neuen Krieg zu verwickeln. Die französische Börse und die französischen Imperialisten haben die militärischen Kreise Polens dazu gebrängt, den Krieg gegen die Arbeiter und Bauern Rußlands vorzubereiten, von diesen die Zarenschulden zu erpressen und sie in Schuldschuldhaft zu werfen.

Polen hat, uns also ein Ultimatum gestellt. Wir wollen den Frieden von ganzem Herzen, aber gegen unseren Willen steht die drohende Kriegsgefahr. Die Rote Armee steht bereit bei Fuß. Die Bourgeoisie der ganzen Welt verbietet das Gerücht, daß wir schwach wären, weil die Rote Armee demobilisiert sei. Wenn die Agenten der Weltbourgeoisie, die sich auch hier in unseren Städten verhalten, unsere Kräfte abschätzen wollen, so sollen sie nur hierherkommen auf den Roten Platz und auf den Uritschplatz in Petersburg, wo unsere und die Parade der Petersburger Garnison eben stattfindet und sie sollen sich die mächtigen Reihen der Roten Soldaten ansehen, die bereit sind, bis zum letzten Blutstropfen die Sache der Bauern und Arbeiter zu verteidigen.

Wenn die Notwendigkeit verlangt, so werden unsere neuen Soldaten und Abertausende Arbeiter zu Hilfe eilen. Unsere Diplomaten aber sagen wir: Verhindert den Krieg und kommt zu einem Einverständnis. Die Rote Armee aber wird Wache stehen und auf dem vorbegehenden Posten die rote Garnison Moskaus. Es lebe die Rote Armee! Es lebe die Kommunistische Internationale! Es lebe das Weltproletariat, das uns zu Hilfe kommen wird!

In Berlin, Nord Algreen, benachrichtigt die deutsche Regierung: England ist Gegner der sog. „Sanktionen“, der Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.

Als die französische Regierung von Deutschland die Bewilligung der Durchreise der neuen französischen Truppen nach Oberschlesien forderte, benachrichtigte die Neutragentur in der schärfsten Form die Welt, Frankreich habe diesen Schritt selbstständig unternommen, obgleich es sich verpflichtet habe, solche selbständigen Schritte zu unterlassen. England unterstützt Deutschland gegen Polen und Frankreich in der oberschlesischen Frage. Im Augenblick aber, da die französische Diplomatie selbständig eine Vereinbarung mit Deutschland zu treffen versucht, kommentiert die englische Presse sehr unfreundlich diese Verhandlungen. Sie verlangt Erklärungen; aber nicht genug damit, die englische Regierung und die unter ihrer Leitung sich befindlichen kapitalistischen Kreise versuchen in Deutschland eine einflussreiche, Hand in Hand mit England arbeitende kapitalistische Gruppe zu schaffen.

Die Annahme des Monomischen Ultimatum der Verbündeten vom 3. Mai durch Deutschland hat die schon reif gewordenen Konflikte zwischen Frankreich und England nur provisorisch verschoben. Wir sagen provisorisch: Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel: Deutschland wird nicht instande sein, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen; dann wird das ganze Problem in seiner vollen Größe zum Vorschein kommen. Entweder wird es die einheitlichen Schritte der Verbündeten verlangen, oder es gerät in die Entente.

Die oberschlesische Frage ist noch nicht gelöst. Nur deshalb löste sie keine Spannung aus, weil der Alliiertenrat auf jede Entscheidung verzichtet und diese dem Völkerbunde, d. h. solchen Kennern der oberschlesischen Frage, wie dem chinesischen Delegierten und dem Vertreter Brasiliens, übertragen hat. Die Entscheidung des Völkerbundes kann leicht die französisch-englischen Beziehungen verschärfen.

Solche Ereignisse, wie die Ermordung Erzbergers, wie der Steuerkampf, d. h. die Verteilung der Last der von Deutschland an die Alliierten übernommenen Verpflichtungen, können schwerwiegende Veränderungen in der gegenwärtigen Koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und bürgerlichen Demokraten zur Folge haben. Dies würde das ganze deutsche Problem auflösen. Das Verhältnis zu diesem Problem ist die Achse der ganzen französischen Politik. Im gegenwärtigen Augenblick aber tritt dieses Problem etwas zurück, in den Vordergrund tritt die Frage des Verhältnisses Frankreichs und Englands zu Sowjetrußland. Diese Frage, über die man in Frankreich im letzten Monate mit jedem Tage immer mehr nachdenkt, ist jetzt durch die Hungersnot in Rußland in ihrer ganzen Breite aufgerollt. Und in dieser Frage merkt man ein Auseinandergehen der beiden Verbündeten in den grundlegenden Fragen. Diese Frage ist bloß eine Fortsetzung des Kampfes um den Einfluß in Europa.

### Die Aufhebung der Sanktionen und die Einsetzung der Ueberwachungskommission.

Paris, 28. September.  
Ministerpräsident Briand gab dem deutschen Botenchafter Dr. Meyer bekannt, daß in Gemäßheit mit dem Beschluß des Obersten Rates vom 30. August die im Monat März verhängten wirtschaftlichen Sanktionen am 30. September aufgehoben werden sollen.

In einer Note wird mitgeteilt, daß Deutschland eine Bitte der für die Ein- und Ausfuhr verbotenen Waren aufgeworfen habe, wodurch die Interessen der alliierten Länder, vor allem Frankreichs, verletzt worden seien. Die deutsche Regierung habe sich in einer Note vom 26. August mit der Schaffung eines internationalen Organismus zur Ueberwachung der Ein- und Ausfuhrerlaubnisse einverstanden erklärt, aber ihre Zustimmung von gewissen Vorbehalten abhängig gemacht, die nach der französischen Auffassung der Ablehnung gleichkommen. Am 22. September habe die deutsche Regierung die gestellten Bedingungen angenommen und sich mit einer Zusammenkunft alliierten Sachverständiger mit deutschen Vertretern einverstanden erklärt. Diese Sachverständigen werden das Ueberwachungsamt einrichten.

### Bergebüche Bemühung!

Die internationale Währungsunion.  
Anfang Dezember soll in London eine internationale Währungsunion zusammengetreten. Die Vereinigten Staaten, Frankreich, Holland, Deutschland, Schweden und Dänemark sollen Delegierte entsenden, die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Goldwährung in den verschiedenen Ländern entwerfen sollen.

Es wird sich empfehlen, den gemalten Witten Chamberlain zum Vorsitzenden dieser Konferenz zu machen. Sein Plan einer internationalen Währung wird leicht alle Schwierigkeiten, an denen die kapitalistische Wirtschaft aller Länder krankt, beseitigen.

Schade nur, daß es nicht möglich ist, einfach Goldbarren unter den einzelnen kapitalistischen Ländern auszuhandeln. Denn dann käme die Utopie einer internationalen Währung hinzu. Die verschiedenen nationalen Währungen sind ebenso ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaft, wie der Zentralwährung die notwendige Begleiterscheinung des kapitalistischen Zerfalls ist. Dieser Zerfall besteht nun nicht durch internationale Konferenzen und noch so schöne Pläne. Man kann nur die Revolutionsbewegung durch das Proletariat anpacken.

### Weismanns Spiegel-Internationale.

Bevor die Regierung noch Herr Weismann selbst haben sich bis heute über die Enthüllungen Rabels, die internationale Tätigkeit des Herrn Weismann betreffend, geäußert. Um es ihnen leichter zu machen, ist Schwedens zu brechen, bringen wir hier einen ausführlicheren Auszug aus dem Rabelschen Artikel:

In der „Pravda“ berichtet Karl Rabel in einem Aufsatz die englische Note vom 2. September an die Sowjetregierung, in welcher die englische Regierung der Sowjetregierung beibringt, daß sie ihren Verpflichtungen, die sie im englisch-russischen Abkommen übernommen habe, nicht nachkommen. Rabel legt dar, daß die Behauptung, daß die englische Note nicht gelöst ist, und zwar ganz genau gelöst ist. Die englische Regierung wurde da nicht nur das Opfer der Manipulation der englischen politischen Polizei, sondern einer internationalen Erbschleicher, die vom Leiter der heutigen politischen Polizei, Weismann, angeleitet wird. Rabel führt die Schritte dieser Spionage-Agenten an.

Weismann, der eine Million Mark, die er im Spiel gewonnen habe, über die Schwedische Staatsbankrott, trat

in Basel mit dem Leiter der englischen Polizei, Tompson, und der internationalen Spionagebande in Berlin in Verbindung, die nach und nach der Spionage aller Länder diene. Von den Untertanen Weismanns hat Rabel schon im Juli 1920 in der „Roten Fahne“ berichtet. Diese Spionagebande beschäftigt sich hauptsächlich mit der Fabrikation verschiedener Dokumente, die sie an alle verlaufen, die sie nur wünschen. So fabrizieren sie gefälschte Verträge der kommunistischen Internationale, Briefe Lenin's oder Trotzki's, falsche Briefe von Bliz an Siemens und liefern gefälschte Geheimverträge usw. Diese Dokumente wurden vor allem an Weismann verkauft, der sie dann bei der deutschen, polnischen und estnischen Konterespionage und bei der russischen weißgardistischen Presse anbrachte.

Auf diese Art sind schon mehrere von den Dokumenten, auf die sich das englische Ministerium beruft, in der russischen Konterespionagepresse veröffentlicht worden und haben allgemeines Gefächter hervorgerufen, da jedermann klar sah, daß sie nichts mit der Wirklichkeit gemein haben. Im Anschluß daran vergleicht Rabel verschiedene Stellen aus der englischen Note mit solchen Originalen aus den deutschen Spionagefabriken, wie zum Beispiel als gefälschte Neben Lenin's und nie vorhandene Arbeiten von Mitarbeitern der kommunistischen Internationale.

Genügt das nicht, so werden wir noch weitere Tatsachen über die vielseitige Betätigung des Herrn Weismann veröffentlichen.

### Boehner soll dem Volke erhalten bleiben.

Die bayerische Regierung läßt folgende amtliche Erklärung zum Rücktritt Boehners erscheinen:

„Der Rücktritt des Polizeipräsidenten Boehner wird heute durch Anschlag in einer bisher im Beamtenstand nicht üblichen Form angekündigt. Herr Boehner, der aus dem Justizdienst stammt, wurde bekanntlich im Mai 1919 nach der Rätezeit vom Ministerium Hoffmann mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Polizeipräsidenten betraut. Er hat sich in schwerer Zeit in hohem Maße den Dank weiterer Kreise erworben. Herrn Boehner wurde seinerzeit der Rücktritt in den Justizdienst vorbehalten. Wie wir hören, hat er bereits vor einiger Zeit Schritte zur Wiederaufnahme in den Justizdienst unternommen. Diesem Gesuche wird voraussichtlich in Kürze stattgegeben werden. Seinem Ansuchen um Beurteilung als Polizeipräsident wurde vom Ministerium des Inneren entprochen. Die Geschäfte des Polizeipräsidenten werden vorübergehend von dem Polizeidirektor Kahmer geführt. Die Ernennung des neuen Polizeipräsidenten steht bevor.“

Der Rücktritt Boehners ist also nur eine Komödie. Boehner soll die Treppe hinauffallen und nun im Dienste der weißen Justiz gegen die Arbeiter losgelassen werden. Denn der Grundsatz der Herr Verchenfeld ist: Die Ruhr- und Boehnerwirtschaft muß dem Volke erhalten bleiben.

### Die SPD. führt keinen Kampf gegen Verchenfeld.

Im bayerischen Landtag fand die Debatte über das Regierungsprogramm Verchenfelds statt. Für die SPD. sprach der Abgeordnete Saenger. Er wandte sich ausschließlich gegen die zurückgetretene Regierung Kahr, deren Abgang er als ein gutes Zeichen preist und erklärte über die Stellung der SPD. zum Kabinett Verchenfeld:

„Den neuen Ministerpräsidenten beurteilen wir lediglich nach seinem Taten. Der Kernpunkt der heutigen Politik lautet: Wahrung der Einheit der Republik. Wenn sich der Ministerpräsident nicht für die Unterstützung meiner politischen Ziele findet.“

Wie sich Graf v. Helldorf für den Schutz der Republik einsetzen wird, geht aus der Rede hervor, die die Sozialdemokraten im bayerischen Landtag, die die Rede des Reichstages im bayerischen Landtag, sie werde nicht unnötig Opposition treiben, sondern — wie die SPD. — die Taten des Ministeriums abwarten.

Die SPD. kann in Bayern nicht gegen das erklarte reaktionäre Kabinett kämpfen, denn sie will sich im Reich mit den Selbstgebern der Reaktion, mit Stinnes koalieren.

### Ebert Arm in Arm mit Verchenfeld.

Kahr und Koth sind gegangen, Boehner ist gegangen, der bayerische Anstammersmann wird aufgehoben werden, der neue bayerische Kurs ist da. Die treulich dieser neue Kurs ist charakterisiert ein Sachverständiger, der Münchener Korrespondent der „Deutschen Zeitung“ in einem Artikel, in dem er das Verhältnis der bayerischen Mittelpartei (Sozialdemokraten) zu dem neuen Kabinett Verchenfeld bespricht. Hören wir:

„Zunächst legt für die bayerische Mittelpartei kein Anlaß vor, dem Ministerium des Grafen v. Helldorf von vornherein grundsätzliche Opposition zu machen. Hat doch der neue Ministerpräsident bei seinen Verhandlungen in Berlin fast alles erreicht, was kein Vorgänger erreichte! Erreicht ist worden: Das Reich hat sich bereit erklärt, seine vorkriegsähnlichen Verhältnisse anzunehmen, bevor noch der Ausnahmestandard in Bayern heftig wird. Die Landesregierung hat sich damit aller übrigen Schwierigkeiten im wesentlichen wieder so weit gewehrt, als dies innerhalb der Reichsregierung möglich erscheint. Es wird jetzt erwartet, daß ausschließlich der Blickpunkt der bayerischen Mittelpartei in einem Artikel, in dem er das Verhältnis der bayerischen Mittelpartei (Sozialdemokraten) zu dem neuen Kabinett Verchenfeld bespricht. Hören wir:

„In Bayern hätte man vielfach den Eindruck, daß in der gegenwärtigen Krise des Grafen v. Helldorf mit dem Reichsministerpräsidenten Ebert nach Verchenfeld ein Verweis einer Partei zu erlassen sei, die nach dem heftigen Auseinandergehen nicht gerade sehr glücklich berührt. Zu solchen Regierungen liegt, wie berichtet wird, kein Anlaß vor.“

„Auch Erwägungen darüber, daß die Mittelpartei versuchen sollte, die alte Koalition wiederherzustellen, da sie nun der regierenden bayerischen Mittelpartei „nur gewisse Verbindlichkeiten im künftigen Teil ihres Programms“ trennen, schießt der Artikel:

„Graf v. Verchenfeld zeigt in seinen politischen Anschauungen unabhängig mehr nach links als Herr v. Kahr, aber er darf trotzdem nicht als ein Parteigänger der Demokraten angesehen werden. Soweit wir unterrichtet sind, wäre nach ihm die Herstellung der alten Koalition durchaus anzustreben, wenn er gleich nicht, was kaum großen Nutzen für die Partei abzuwarten, die seinen Vorgänger so populär machte. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Bayern und die Abwehr aller unzulässigen Demagogie, wie sie durch den Aufbruch des Herrn Verchenfeld in Berlin zu sehen ist.“

### Für Stinnes — gegen die Kommunisten.

In Ulm soll in den nächsten Tagen eine große Regimentsfeier ehemaliger Soldaten stattfinden. Die Soldaten dieser Gruppe werden sich in einem Schreiben

an die Leitungen der SPD., USPD. und der Gewerkschaften, in dem diese aufgefordert werden, gemeinsam mit den kommunistischen Schritte zur Verhinderung der Regimentsfeier zu unternehmen. Unsere Genossen erhielten darauf folgende Antwort:

Verte Genossen!  
Wir bestätigen den Empfang des Briefes betr. Verhinderung des Einzugs der ehemaligen Gebirgsartilleristen. Wir sind nach den mannigfachen Erfahrungen, die allerorts mit der SPD. gemacht wurden, zu unserem Bedauern nicht in der Lage, mit Ihnen in Verhandlungen zu treten.  
Hochachtungsvoll  
Sozialdemokratische Partei Ulm a. D.  
gez. Kuggaber.

Es wäre interessant, wenn die Sozialdemokraten uns einmal jene Erfahrungen zeigen würden, die sie betrogen haben, für eine Koalition mit den Stinnes-Leuten einzutreten!

### Die Berliner SPD.-Arbeiter gegen den Pakt mit Stinnes.

Freitag haben sich die Berliner Funktionäre der SPD. mit großer Mehrheit gegen den Beschluß von Görlitz, gegen die Koalitionspolitik des Parteivorstandes ausgesprochen. Ein lundenslanges Referat von Krüger, der mit allen verfügbaren Argumenten und Klaffen die SPD.-Arbeiter vor den Wagen von Stinnes zu spannen sich bemühte, war vergebens. Der „Vorwärts“ muß mitteilen, daß nach Ströbels Korrektur und einer Diskussion, über die ein Bericht noch nicht vorliegt, eine Resolution mit 2/3 Mehrheit angenommen wurde, die eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei scharf ablehnt. Mit ungefähre gleicher Mehrheit wurde eine Resolution Stampfers, die den Görlitzer Beschluß quibelt und den Parteivorstand freie Hand für den Pakt mit Stinnes gibt, abgelehnt.

Die Berliner sozialdemokratischen Arbeiter haben erkannt, daß ihre Interessen nicht vertreten werden können. Sie haben erkannt, daß der Frieden mit den Feinden der Arbeiterklasse nur erkauft werden kann durch die Unterwerfung unter die Feinde der Arbeiterklasse, und sie haben zum Ausdruck gebracht, daß sie diese Unterwerfung, durch die das Proletariat gespalten und mit gebundenen Händen an Stinnes ausgeliefert wird, nicht mitmachen werden.

Der Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft zu machtvollen Kampfe gegen Stinnes und die gegenrevolutionäre Partei der Bourgeoisie zum Kampf um die gemeinsamen Forderungen des Proletariats muß der nächste Schritt über diesen Willensausbruch der sozialdemokratischen Arbeiter hinaus sein.

### Die sozialdemokratischen Arbeiter gegen den Görlitzer Beschluß.

In einer Versammlung der SPD. in Meerane i. Sa. wurde folgende Resolution angenommen:

Die Parteigenossen des Bezirks Meerane und Umgebung lehnen die Auslegung, die auf dem Parteitag in Görlitz durch die Vorstandsstellen einer an sich einwandfreien Resolution in der Frage der Regimentsbildung gegeben wurde, entschieden ab. Sie beurteilen ferner das parlamentarische Ausfallspiel, das jetzt schon auf Grund der Görlitzer Resolutionen betrieben wird.

Die Versammlung der Meeraner Parteigenossen erklärt, daß nach den bisherigen Erfahrungen für die Erfüllung der Mindestforderungen sichere Garantien gegeben werden müssen, ehe an ein Koalition mit einer außerhalb der Regierung stehenden bürgerlichen Partei auch nur gedacht werden kann.

Vor allem aber legt die Versammlung schärfste Verwarnung dagegen ein, daß in einer in der Geschichte der Partei einzig dastehenden Weise das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder durch die in Görlitz geübte Taktik völlig ausgeschaltet und ein Beschluß von schwerer Tragweite über die Köpfe der in den Betrieben stehenden Genossen gefaßt wurde. Die Versammlung bedauert ferner, daß in Görlitz die Einigung der sozialistischen Parteien in den Hintergrund geschoben wurde, und sie fordert, daß diese Lebensfrage der Republik und der Arbeiterschaft die vornehmste Pflicht der Partei bleiben muß.

Die Versammlung beauftragt die Parteileitung, diesen Protest beim Parteivorstand zur Kenntnis zu bringen. Diese Resolution, die die Empörung der sozialdemokratischen Mitglieder offen über den Verrat ihrer Führer zum Ausdruck bringt, enthält noch einige Unklarheiten. Die sozialdemokratischen Arbeiter können ihre Parteiführer nicht auf dem Boden des Görlitzer Beschlusses bekämpfen. Sonst geben sie den Führern die Möglichkeit zu weiteren Auslegungsmöglichkeiten. Sie müssen den Kampf gegen die Koalition mit Stinnes offen und klar aufnehmen.

### „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft.“

Wie die Presse berichtet, haben sich die aus der kommunistischen Partei zum Teil ausgeschlossenen, zum Teil ausgetretenen Reichstagsabgeordneten Sebi, Kurt Geher, Düwell, Adolph Hoffmann, Ernst Däumig, Reich und Marie Wadwig zu einer Fraktion unter dem Namen „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen.

### Der Stahlfabrikanten fordert von der Regierung die Unterstützung seines Preiswuchers.

(Eine Anfrage im Reichstag.)

Die Fraktion der USPD. hat im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht. Sie bezieht sich auf den Oppauer Unglück entstandenen zeitweiligen Rückgang der Erzeugung von Düngemitteln und seine Behebung. Es heißt darin:

„Um die dadurch entstehende Gefährdung der heimischen Lebensmittelernte zu verhindern, wird die Einfuhr von Düngemitteln zu erzwungenermaßen hohen Preisen notwendig sein.“

Auf dem Weltmarkt ist ein großes Angebot an fallenden Preisen vorhanden. Dem steht aber die Tatsache gegenüber, daß das deutsche Stahlfabrikanten in einer Befragung mit den Stahlfabrikanten-Problemen und den englischen Stahlfabrikanten, die am 22. Juni in Rotterdam stattfand, sich bereit erklärt hat, bis Ende 1921 keine Produkte dem Auslande wieder anzubieten, noch auszuführen, und seine Werke nicht weiter zu vergrößern, unter der Voraussetzung, daß die Welt-Stahlfabrikanten sich über einen angemessenen Weltmarktpreis verständigen und daß eine eventuelle Einfuhr von Stahlfabrikanten nach Deutschland nur zu Weltmarktpreisen stattfinden. Das deutsche Stahlfabrikanten hat ferner beim Auswärtigen Amt mitgeteilt, bei der Einfuhr von Stahlfabrikanten dürfe

1. kein Dumping eintreten, d. h. der einzuführende Stahlfabrikanten nicht unter dem heutigen Inlandpreise zum Verkauf kommen;
2. mögliche Vorbehalte getroffen werden, daß die deutsche Stahlfabrikanten teilweise über die eingeführten oder einzuführenden Mengen von Stahlfabrikanten unterrichtet wird;

3. müsse dem Stoffwechsel gestattet sein, im Falle der Einfuhr von Chlorsilber eine gleich große Menge an Silber zur Ausfuhr zu bringen;
  4. dürfe auf eventuelle Ueberschüsse aus der Ausfuhr ein staatlicher Export nicht stattfinden.
- Was hat die Reichsregierung getan, um diese Forderungen zu befriedigen? Und was beabsichtigt sie zu tun, um zu verhindern, daß der Preis von Chlorsilber, falls seine Einfuhr nötig wird, durch solche Preisvereinbarungen künstlich hochgetrieben wird? Und hat sie die Pflicht, bei der Einfuhr von Chlorsilber die gleiche Menge Silber zur Ausfuhr zuzulassen?

### Die Oppauer Explosionskatastrophe vor dem Sozialen Ausschuss des Reichstags.

Der Soziale Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich in einer Sonder Sitzung am Donnerstag mit den an ihn verwiesenen Anträgen der SPD. und USPD über die Oppauer Explosionskatastrophe. Gerade die Parteien, die im Plenum des Reichstages so viel von der Notwendigkeit der sofortigen Hilfe zu reden wußten, verstanden es, im Ausschuss die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben. Ein Antrag der SPD., der die volle Entschädigung der Arbeiter, Angehörigen und der Unvermittelten fordert, und die Mittel hierfür der Chemischen Großindustrie auferlegen will, wird von ihnen abgelehnt.

Die Regierung gab einige Erklärungen ab, daß sie bereits Gesetzesänderungen vorbereitet habe, die den Bürgern auf Rentenerhöhung Rechnung tragen. Der Ausschuss gab sich in seiner Mehrheit damit zufrieden und vertagte sich, bis die Regierung die in Aussicht gestellten Vorschläge dem Ausschuss unterbreiten wird. Um nicht ganz zwecklos zusammen gewesen zu sein, raffe man sich dazu auf, von der Regierung einen weiteren Kredit von 10 Millionen Mark zur Hilfeleistung für die durch die Oppauer Explosionskatastrophe Betroffenen zu fordern.

Den Opfern der Oppauer Katastrophe ist nicht mit einer Erhöhung der auch dann noch ganz unzulänglichen Renten geholfen. Sie wollen auch keine Beihilfen haben, weder aus Staatsmitteln, die die Arbeiter selbst aufbringen muß, noch aus privater Wohltätigkeit, die nur zum Zweck des Prozeßes geschaffen ist. Sie verlangen vielmehr, daß die Unternehmer auch die Kosten ihres Ausbeuter-systems tragen, soweit dies überhaupt möglich ist.

### Ein Gesetzentwurf der USPD gegen die Monarchisten.

Die Reichstagsfraktion der USPD hat einen Gesetzentwurf eingebracht, dem wir folgende Abschnitte entnehmen:

#### Artikel I.

§ 1. Beamte im öffentlichen Dienst, Angestellte und Angehörige der Wehrmacht, die

- a) monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes bekunden,
- b) auf Personen, die ihnen dienstlich unterstellt sind oder die sie zu unterrichten oder zu erziehen berufen sind, oder mit denen sie aus dienstlicher Veranlassung in Verbindung treten, im Sinne monarchistischer Auffassung einwirken,
- c) die Kraft ihres Amtes ihnen zugänglichen Einrichtungen in den Dienst monarchistischer Bestrebungen stellen,
- d) als Dienstvorsetzte Handlungen der zu a bis c bezeichneten Art dulden,
- e) die Leistung des Eides auf die Verfassung verweigern, werden aus dem Dienst entlassen.

§ 2. Die Entlassung wird durch die Reichsregierung ausgesprochen. Ein förmliches Disziplinarverfahren findet nicht statt.

§ 3. Gegen die Entlassung steht Betroffenen der Einspruch bei einem vom Reichstag aus seiner Mitte einzusetzenden Ausschuss zu. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 4. Die Dienstentlassung hat den Verlust der aus der Dienststellung hervorgegangenen Rechte, insbesondere der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenberechtigung zur Folge.

§ 5. Beamte und Angehörige der Wehrmacht dürfen außerhalb des Dienstes keine Waffen tragen.

§ 6. Ehemalige Angehörige der bewaffneten Macht sind zum Tragen der Militäruniform nicht berechtigt.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen der §§ 5 und 6 werden mit Haft bestraft.

#### Artikel III.

Sondergerichte dürfen nicht eingesetzt werden. Bestehende Sondergerichte (Bayerische Volksgeschichte) sind aufgehoben.

Außerdem beantragt die Reichstagsfraktion der USPD die Aufhebung der Eberschen Ausnahmeverordnung.

## Die Tätigkeit des Reichsausschusses der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.

Eine Plenarsitzung des Reichsausschusses, die am 22. September stattfand und an der sämtliche Kommissionsmitglieder der Verträge, Finanz-, Propaganda- und Kinderhilfskommission teilnahmen, nahm unter anderem den Bericht des Sekretariats entgegen. Folgendes sei aus ihm hervorgehoben:

Die Berliner „Freiheit“ veröffentlichte am 19. d. M., daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale 9 1/2 Millionen Mark gesammelt habe. Dieser Betrag, so hoch er auch erscheinen mag, ist — gemessen an den 26 Millionen Mitgliedern und dem alles umfassenden Apparat, der ihnen zur Verfügung steht, — ein sehr geringer. Unserem Auslandsausschuss stehen bereits zehn Millionen Mark zur Verfügung. Davon hat Deutschland einen Anteil von über einer Million Mark. Dazu kommen 4 Millionen Mark an Sachwerten der bis jetzt gesammelten Waren und Sachspenden. Allein Berlin schickte am 25. September einen Eisenbahnwagen gesammelter Sachspenden nach Sibirien ab. In den Geldsammlungen haben Berlin, Hamburg und Oberschlesien den Löwenanteil.

In den Betrieben haben unsere Genossen vielfach einen schweren Kampf zu führen. Aber die Arbeit unserer Genossen war erfolgreich. Sie verlangten bedingungslose Ablieferung der Gelder, und die Gewerkschaften waren zu einer Erklärung gezwungen, die klar den Einfluß der Arbeiter erkennen läßt. Auch dort, wo die Belegschaft sich für die Leistung von Opfergaben erklärte, gaben unsere Genossen die Anregung dazu. Erfreulich sind die Resultate der Rührübungen und Reparaturwerkstätten, die immer noch im Entstehen begriffen sind.

Neben unseren Plakaten, die die Propaganda für die Rußlandhilfe eröffnen, hat fast ausschließlich die kommunistische Presse sich in den Dienst der Rußlandhilfe gestellt. Es blieb der USPD und der SPD-Presse vorbehalten,

### Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland.

Am 19. September wurde Genosse Hoffmann, der längere Zeit unschuldig hinter Gefängnismauern zugebracht hatte, von Parteigenossen und dem Arbeitergefangenenrat herzlich begrüßt. Die Veranstaltung, an der der Arbeitergefangenenrat und die Dramatische Abteilung teilnahmen, brachte einen ansehnlichen Ueberschuß. Dem Komitee Rußlandhilfe wurden 700 Mark überwiesen.

Lägerdorf. Die Betriebsversammlung der Maschinenwerke hat in der am 15. September stattgefundenen Sitzung beschlossen, daß die ganze Belegschaft einen Akkorde- resp. Tagelohn zu Gunsten der hungernden Rußlands abzugeben wird. Der Antrag wurde mit 200 gegen 27 Stimmen angenommen.

Wittgensdorf. Die Belegschaft der Firma E. R. Häberle sammelte für die Rußlandhilfe 1451,80 Mark.

allerlei Verdächtigungen über unser Komitee auszubreiten. Zahlreiche Bezirke und Orte arrangierten künstlerische Veranstaltungen und Konzerte, deren Reinertrag unserem Komitee überwiesen wurde. Königsberg veranstaltete eine Ausstellung russischer Plakate und Bilder.

Das Sekretariat hat eine Fülle von Arbeit zu bewältigen. Ihm steht der Geschäftsführende Ausschuss in uneigennütziger Arbeit zur Seite. Neben dem Räte Köllwitz-Platz wurden von dem Komitee 40 000 Postkarten herausgegeben. Die vier Wochen herausgegebenen Broschüren „Sowjetrußland und seine Kinder“ und „Hilft! Sowjetrußland in Not!“ sind vergriffen. Die erste erscheint demnächst in zweiter, verbesserter Auflage.

Zu Danzig und München verbot man unsere Versammlungen. In Böhmen beschlagnahmte man die Gelder der Gewerkschaftsfunktionäre. In Köln verbot man unsere Sammlungen, und der Bremer Senat untersagte die ganze Rußlandhilfe. Die Frankfurter Polizei beschlagnahmte sogar unsere Broschüre „Hilft! Sowjetrußland in Not!“ Diesen Schikanen reaktionärer Behörden muß sich die ganze Arbeiterhilfe geschloffen und energisch widersetzen.

Die bis jetzt geleistete Arbeit und die Ergebnisse der Rußlandhilfe bewähren, daß die Kommunisten und die mit ihnen sympathisierenden Kreise die Träger der Hilfsaktion in Deutschland sind. Wenn wir diese Tatsache ausdrücken, so soll damit nicht gesagt sein, daß wir an unseren besonderen Komitees unter allen Umständen festhalten, sondern wir erklären allen Arbeitern und ihren Organisationen erneut, daß wir sofort bereit sind, mit ihnen ein gemeinsames, zentral geleitetes Hilfskomitee zu schaffen, wenn sich dieses Komitee paritätisch zusammenschließt, und wenn die Sammlungen dem hungernden Rußland bedingungslos überwiesen werden.

Gemäß dem Beschluß der am 12. September in Berlin

tagenden Internationalen Konferenz der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland findet in der Woche vom 1. bis 16. Oktober eine internationale Konferenz und Sammelwoche statt. Das Komitee Arbeiterhilfe erwartet von jedem einzelnen, daß er sich in dieser Woche restlos den totalen Komitees zur Verfügung stellt. Die internationale Hilfswoche muß die zweite Million des deutschen Proletariats einbringen!

Arbeiter! Kauft sofort schon heute die organisierten Vorbereitungen, appelliert an die internationale Solidarität, rückt die Säuglinge auf, beschließt in den Betrieben die Abführung eines Tagelohns oder die Leistung von Opfergaben zur Herstellung von Maschinen und Geräten, die Rußland notwendig braucht!

## Preussischer Landtag.

Die gestrige Debatte über die Förderung der Königsberger Universität wird fortgesetzt. In der Aussprache weist Abg. Martin (USP.) darauf hin, daß gerade die Königsberger Universität den Körperbau Subendorff, den größten Massenmörder aller Zeiten, an Stelle Rants zum Schuttpatron ernannt hat und ihm die Ehrendoktorwürde für Medizin und Geburtshilfe verlieh. (Zwischenruf: Es war ein Stratum. Er sollte von der Schlächterinnung zum Ehrendoktor ernannt werden. Pöbelrufe.)

Nach den Ausführungen eines Redners der Deutschen Volkspartei spricht Genosse Schulz-Kneufuß: Wenn der letzte Redner es unter seiner Würde hält, auf die Ernennung Subendorffs zum Ehrendoktor einzugehen, so muß ich erklären, daß dabei sehr wenig Würde gezeigt worden ist. Wenn erwähnt wurde, daß Hindenburg ebenfalls von allen vier Fakultäten zum Ehrendoktor ernannt worden ist, so ist das nur ein Beweis für die Verlotterung der kapitalistischen Wissenschaft. Die Notlage der Königsberger Universität ist keine besondere. Sie zeigt sich an jeder Universität. Wenn hier von Förderung der Wissenschaft gesprochen wird, so meint man in Wirklichkeit damit die Erziehung von Monarchisten, die solche Massenmörder wie Hindenburg und Subendorff anheimeln. (Präsident Heinert ruft den Abg. Schulz zur Ordnung. Schulz wiederholt die Bezeichnung: Schlächter. Erneuter Ordnungsruf. Heinert muß sich beschließen lassen, daß er kein Recht hat, dem Redner vorzuschreiben, wie er sich auszudrücken hat.) Er fährt fort: Wir sind bereit, die Wissenschaft zu unterstützen, aber es muß auch den Kindern der Arbeiterklasse die Möglichkeit gegeben werden, sich dem Universitätsstudium zu widmen.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Annahme eines Gesetzesentwurfes gegen Raßschläge in Privatwohnungen wird von dem Abg. Peters-Hochmann (Soz.) begründet, der auf die Notwendigkeit hinweist, der immer erschwerenden Umfang an nennenden Verurteilung der deutschen Waldbestände entgegenzutreten.

In der Diskussion führt der Genosse Schulz-Kneufuß aus, daß die Förderung der Forstwirtschaft für die deutsche Wirtschaft unbedingt notwendig ist. Es ist in den Forsten toll geduldet worden. Vor allen Dingen durch die Großgrundbesitzer.

Die Kontrollvorschläge der Sozialdemokratie können hier keine Änderung schaffen. Diese „weiße Salbe“, die von der SPD hier empfohlen wird, besteht man, wenn man die Auffassungen des Sozialdemokraten Held betrachtet, der erklärte, daß keine Eingriffe in die Privatwirtschaft gemacht werden dürften. Gegenüber den ungeheuren Missetaten kann nur die Entzignung der Forste helfen. Aber die volksparteilichen Freunde der SPD wollen sich nicht einmal das von den Sozialdemokraten geforderte geringe Maß von Kontrolle gefallen lassen. Wie innig schon die Freundschaft zwischen den Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei gewachsen ist, geht daraus hervor, daß die Sozialdemokraten in der Mittwoch-Sitzung ihre Anfrage über die Schandjustiz plötzlich von der Tagesordnung fallen ließen — aus bloßer Rücksicht auf die Anhänger der Schandjustiz. Der Gen. Schulz fährt dann noch verschiedene Beweismaterialien für den Raubbau in den Privatforsten an, und tritt für die Ueberweisung an den Ausschuss ein, um dort in das Gesetz mehr hineinzubringen, als bereits darin ist. Der Antrag wird dann dem landwirtschaftlichen Ausschuss verwiesen.

Es folgt die Beratung der sozialdemokratischen Anträge über die Milchversorgung und Milchherzeugung. Frau Abg. Gege (Soz.) beantragt die Anträge und zeigt an Hand großer Beweismaterialien die Verurteilung der Gesundheit der proletarischen Frauen und Kinder, die durch den Milchmischer herbeigeführt wird. Frau Christmann (USP.) ergänzt die Ausführungen der sozialdemokratischen Rednerin. Zur allgemeinen Erheiterung trägt die deutsch-nationale Abgeordnete Deutsch bei, die in nicht endenloser Diskussion über erzählen will, wie sehr die Gutsbesitzer nur um das Wohl des Volkes besorgt sind und wie wenig sie an sich selbst denken. Sie rückt das Märchen auf, daß die Großagrarien einem Schweizer jährlich 30 000 M. an Zuwendungen zukommen lassen. Ihre Lügen waren zu plump, um ihr übel genommen zu werden.

## Beschützer.

Von August Strindberg.

„Über sie standen ihren Mann nicht. Sie wichen, wichen so schmachlich. Aber da wurde Boffe zornig. Er sprang auf, stellte sich auf den Tisch und schrie:

„Reineidige, Bুদ্ধige, lauft ihr vor einem Kalbskoll? Erinnert ihr euch, wie ihr bei Heiligen und Hölle schwört, euren Mann zu lieben, in der Nacht da wir so taten, als wüßten wir Karten? Laßt mich euch ins Gesicht sehen, ihr Dürrebeuger, und nicht auf den Rücken, sonst kommt mein Schwert in Verletzung, eine Sünde zu begehen!“

Über sie ließen alle beim Anblick des Bürgermeisters und der Stadtknechte, die jetzt heruntertauchten und Boo und seinen Verleumdungen.

Da erlosch dessen Stimme; ohne Widerstand er sich setzen und ins Stadtgefängnis führen, worauf sein unvertauschtes Laacr mit Peitschlag befestigt wurde.

Als er zur Pforte hineingeführt wurde, kehrte er sich in einem Anfall von guter Laune um und sagte zum Altermann: „Ich hoffe, das Kannengießeramt, das ja das Handwerk befehligt, beehütet auch dessen Ausbilder. Darum will ich im Vorbeigehen erwähnen, daß ich lieber auf Hindsbahr als auf Pauerstein liege, und daß ich stilles Fleisch schimmeligem Brot vorziehe: gutes Bier ist immer meine Schwäche gewesen, und ich hoffe, daß meine hohen Beschützer Feuerung und Aufkammerung nicht vergessen werden.“

Und er hüpfte ins Gefängnis hinein, voller Mut, aber mit wenig Hoffnung.

Sechs Tage saß Boo in Haft. Niemand durfte ihn im Gefängnis besuchen, aber man konnte sich ihm durch die Tür mitteilen. Diese Mitteilungen bereiteten ihm mehr Schmerz als Hilfe und Gesundheit. Es war guter Rat hinterher, Erklärungen, Ermahnungen, Anweisungen.

„Was nützt es? — warum Säur schlagen? — Was hast du denn haben? — Ist es recht?“

Aber am schmerzlichen war es, wenn die Mutter aus den fäulischen Bergen herunterkam, wo sie eine Kuh und eine Gütte besaß. Die Alte war altersschwach und taub und hatte bloß verdorrten die Ursache zur Verhaftung des Sohnes aufgefacht. Auch sie durfte nicht ins Gefängnis kommen, sondern mußte das Gespräch durch die Tür führen, was zu den schrecklichsten Verbrechen des Abenteurers Anlaß gab.

„Was hast du getan, unglückseliger Junge?“ schrie die Alte durch die Tür.

„Ich habe Kannen gemacht,“ antwortete Boo.

„Bist du in den Mann getan? Das glaube ich schon. Aber ich frage, was du gemacht hast?“

„Eine Kanne!“ schrie Boo so laut, als ob er die starke Tür sprengen wollte.

„So ja, ich mußte, daß es so enden würde. Ich sagte es immer, wenn du zu Hause ungehorsam warst. Aber die Mädchen sind auch zu verrückt! So ein häßlicher Mensch wie du!“

Nun verstand er nichts mehr, und darum schwieg er.

„So, so, sie heißt Anna,“ fuhr die Alte aus ihrer Hand fort.

„So hieß die auch, die mit dem schwarzen Anders in Dufnäs abging.“

„Was schwafelst du, Mutter, von einem Anders?“

„Sprichst du so zu deiner alten Mutter, Junge? Schämst du dich gar nicht? O, o, o! So ein Kind! So ein Kind!“

Booffs Verstand umnebelte sich, und er steckte den Kopf in den Strohhalm, um das Gespräch nicht fortsetzen zu müssen.

Als er aus dem Gefängnis entlassen wurde, kehrte er nicht zu Meister Povel zurück, sondern unternahm kleine Wanderungen in den Strüger der Stadt, wo er vom Notzen bis zum Abend saß und die Mittel verzehrte, die aus dem Verkauf geflossen waren, und die man, vergeblich genug, ihm nicht abgenommen hatte, als er ins Gefängnis gesetzt wurde. Er war aus der Junge der Kannengießer ausgeschlossen; für eigene Rechnung zu arbeiten, war ihm genommen, und ein anderes Handwerk konnte er nicht. Er war aus dem Rade des großen Gesellschaftswertes herausgefallen, in das ihn seine Erziehung verkehrt hatte, und er hätte sich bald den Losen und Missethätigen angeschlossen, wenn nicht Umstände eingetreten wären, die ihn wieder nützlich machen sollten, aber auf andere Art.

Am Morgen desselben Tages, an dem Booffs großartiger Versuch, einen neuen Weg auf dem bornigen Felde des Kannengießers zu bahnen, mißlungen war, kam Kaufmann Algot aus Südbad in sein Atelier auf der städtischen Almenstraße am Salzschloß und steckte eine Kanne Booffscher Arbeit auf den Schreibtisch des Kompanions.

„Joseph! Sieh die Kanne an!“

„Joseph sah mit Reuerneue die Kanne an.“

„Nun, Algot, was denn?“

„Was willst du mir für die Kanne geben?“

Joseph schrieb etwas auf sein Notizbuch und antwortete:

„Ich gebe zwei Dore!“

„Gibst du mir zwei Dore?“

„Ich, birl! Du sollst nicht mehr als anderthalb Dore von mir haben.“

„Gibst du mir anderthalb Dore?“

Joseph schrieb etwas auf sein Notizbuch und antwortete dann:

„Ist das Privatgeschäft oder Kompagniegeschäft?“

„Privat.“

„Na, dann gebe ich anderthalb!“

Als das Geschäft abgemacht war, ging Algot in die Stadt, um Boo anzusehen. Dieser saß im Gefängnis und konnte nicht angetroffen werden. Algot nahm dann seine Kanne und ging hinunter zu einem Kaufmännlein, das fertig lag, um nach Südbad abzugehen. Da machte er ab, daß der Kaufmann in Südbad eintausend Kannen nach heillosendem Model bestellte und sie unbezugslich herbeibringen sollte, aber er fügte die Order hinzu, daß der Geber etwas mehr Wei in das Bium tun sollte. Das Schiff fuhr ab und blieb einen Monat fort.

Dies alles geschah unter dem deutschen König Christoph von Bayern, der infolge des Reides, den die Schweden aufeinander haben, auf den Thron gekommen war, weil man lieber einen Ausländer zum König nahm, als daß man es über sich gebracht hätte, einen Eingeborenen zu wählen, ganz wie die Preußen, als sie den Sturz zum König betamen. Dieser König, dem natürlich alle vaterländischen Gefühle für das neue Land fehlten, behandelte es wie einen großen Königsgarten, wo die Grundbesitzer als Pächter betrachtet und das Gut der Krone an seine Landkassen, die Deutschen verteilte wurde. Aber die Deutschen erließen auch Vorrechte auf — halb gesagt — alles, am meisten auf Freihandel im Lande. Diese Vorrechte mußten oft die Vorrechte verlegen, die vorher an Schweden teuer verkauft waren, und alle Handel und Wandel lag bald in den Händen der Deutschen. Diese Deutschen wiederum, die sowohl mit Verwunderung als Vergnügen sahen, wie jaum sich die beschiedenen Schweden gegenüber den fremden Unterdrückung anfügten, behaupteten, die Eingeborenen wie bunte Barbaren, die nicht verstanden, ihre eigenen Angelegenheiten zu besorgen, und diese Fremdlinge wurden bald so übermäßig, daß sie sich für die eigentlichen Beschützer des Landes ansahen. So, sie wurden niemals müde, an die „Böhlanten“ zu erinnern, die sie dem armen Lande entziehen hätten, und sie pochten oft laut auf Tandbrett.

# Breslauer Nachrichten.

## Polizeibeamte wacht auf!

Der Bezirksverband Mittelschlesien des Polizeibeamten-Verbandes „Preußen“ G. V., hielt am Montag, 26. d. M., im Konzerthaus „Friedberg“ eine öffentliche Polizeibeamten-Verammlung ab. Hierzu waren alle Vertreter der politischen Parteien, sowie die ganze Presse eingeladen.

Auf der Tagesordnung stand „die allgemeinen Forderungen der Polizeibeamten“. Das Referat hatte der Verbandsvorsitzende Schrader-Berlin übernommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte sich der neue Polizei-Präsident, der Herr Oberstaatsanwalt Kleinmann, der Verammlung vor. Er offenbarte sich natürlich als „wohlwollender“ Freund seiner Untergebenen. Die üblichen Phrasen dieser Herren.

Sodann ergriff der Referent Schrader das Wort. In seinen Ausführungen verteidigte er die republikanisch-demokratische Regierung eine moralische Wadepfeile nach der andern. Offenlich wird die SPD. ihre Lehren hieraus ziehen. Aber wenn er schon den Regierungsorganen allerhand berechtigte Vorwürfe machte, so müssen wir schon sagen, daß er selbst sich als richtiger, edler Kautschukmann erwies.

Daß die Beamten sich endlich mal von ihrer Anständigkeit frei zu machen hätten. Früher konnte die Polizei von einer Freiheit nicht sprechen, aber trotz dreijähriger Revolutionen sei heute ebensowenig zu sprechen von Freiheiten der Beamten. Das alte Disziplinargesetz sei immer noch in Kraft, es sei immer noch nicht möglich, in Versammlungen frei und offen seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, wenn der betr. Beamte nicht am nächsten Tage entlassen werden will, was tatsächlich des öfteren vorgekommen ist.

Jetzt kommt folgender sehr interessanter Ausspruch des Referenten: „Wer nicht die Verfassung verteidigen will, soll einen anderen Beruf ergreifen.“ (Lebhaftes Bravo!) „Wenn aber die gesetzgebende Körperschaft eine andere Verfassung gibt, da hat die Polizei nichts zu sagen, da müssen sie sich fügen.“

Die sich hieran anschließende Diskussion war eine sehr lebhaft. Der erste Diskussionsredner, Kriminalbeamter-Präsident Langner, lehnt ein Zusammengehen mit dem Schrader-Verband ab. Kriminal-Präsident Ehrke sagt, daß man in diktatorischer Weise den Wünschen der Kriminalbeamten nicht Rechnung getragen habe und lehnt ebenfalls ein Zusammengehen ab. Er blüht bittend zum Polizei-Präsidenten, und hofft alles Gute von oben (d. h. den Königsbüchsen). Außerdem führt er lebhaft Klage über die Strafenbewachung, trotzdem die Polizei fast verdoppelt ist, seien verschiedene Strafen ohne Bewachung.

Was hat man sich auch um die Strafenbewachung zu kümmern, wenn ein ganzes Heer von Beamten zu Kommunitenleistungen aufgegeben wird. Die soll es denn auch anders sein, wenn es so ist, wie ein Diskussionsredner sagte, daß sie ihren Sorgen die Unterleuten in Zeit freier müssen. Es waren außerdem eine Menge schriftliche Anfragen an den Referenten gerichtet. Auch ein Beweis, daß man sich nicht getraute frei auszusprechen. Denn es gilt noch das Wort: „Wer was sagt, der stirbt!“

Hierzu kamen sodann die einzelnen Vertreter der politischen Parteien zum Wort. Es war wie ein Krigen um goldene Äpfel. Der Vertreter der SPD. sagte ihnen klar und deutlich, warum es ihm nicht geht, die Polizeibeamten nur dazu mitzubringen, um die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung zu halten und das für ein Verbrechen an sich selbst wie an ganzen Volk. Man soll ihnen Wert lassen.

Die Vertreter aller anderen Parteien, von der SPD. bis Demokratischen der Polizeibeamten wenig um den Wert ihrer eigenen, um ihre Haupt zu erlangen. Alle sagten, man hätte eigentlich nicht die Absicht gehabt zu sprechen, sondern man sei nur gekommen, um die Beschwerden und Wünsche der Beamten entgegenzunehmen. Aber das sei doch sehr, sagte Herr Langner (SPD.) in Folgerungen, daß wir einen demokratischen

Staat haben. Habt ihr es gehört, ihr Polizeibeamten, einen demokratischen Staat, in dem ihr hungert müht und nicht in der Lage seid, eure Interessen zu verteidigen. Aber in demselben Augenblick stellen Herrn M. wohl die Klage über das Referat: wie der Diskussionsredner ein und er sagte, der Staat ist noch nicht demokratisch durch die Schuld der SPD. Interessant waren auch die Ausführungen des Herrn Albert von der demokratischen Volkspartei. Er sagte, daß die Beamtenfragen keine Parteienfragen seien und brachte keine Freude zum Ausdruck, daß die Beamten gewillt sind, nach dem Referenten zu urteilen, auch für einen von ihm propagierten Staat zu dienen. In Bayern seien eble Zustände, die Arbeiter fühlten sich leicht dort wohl. Lachen konnte man, wenn es nicht so verflucht ernst wäre, daß jemand so etwas sagen kann. Ein Hohn auf das Volk, was hätte mit diesem Durcheinander geschehen müssen, aber er reißt sich würdig an Herrn Made an. Verrat am eigenen Volk. Wir von der SPD. rufen euch zu:

Erkennt eure Klassenlage!  
Seid gewillt zu kämpfen für ein menschenwürdiges Dasein!  
Sorgt für eine geschlossene proletarische Kampffront!

## Oberschlesien hat 100000 Mark für Sowjetrußland gesammelt.

### Wo bleibt Schlesien?

Wir haben schon einmal darauf aufmerksam gemacht, daß das obereschlesische Proletariat unter Führung unserer Partei eine großartige Sammlungsaktion zugunsten der hungernden Proletarier in Rußland durchführt. Nun hat diese Hilfsaktion die ersten 100000 Mark ergeben, und die „Obereschlesische Rotefahne“ tut das durch folgende Worte kund:

„Nachdem wir in der Lage sind, vom Montag in Katowitz für Sowjetrußland am 18. d. M. eine Summe von 15037 Mark und von der Sammlung der Ratiborer Arbeiterschaft 15213,20 Mark öffentlich zu quittieren, hat nunmehr Oberschlesien in seiner Spende für die Hungernden in Sowjetrußland die ersten Hunderttausend überschritten.“

Trotz der allgemeinen Tenorung, die gerade in Oberschlesien das Proletariat bedroht, trotz der fargen Löhne, trotz der Hege gegen Sowjetrußland von seiten der bürgerlichen Presse, haben es die Proletarier Oberschlesiens sich doch nicht nehmen lassen, nach Kräften Solidarität zu üben mit den russischen Brüdern.

Bemerkenswert ist, daß sich bei der Betätigung der praktischen Solidarität durch die Geldspenden die Proletarier ohne Unterschied der Partei und der Nation zusammengedrängten haben.

## KPD. Breslau.

Dienstag, 4. Oktober, abends 7 Uhr, im Lokal „Zur guten Quelle“, Glogauer Straße 2, findet eine wichtige

## Funktionärversammlung

statt. Alle Genossen und Genossinnen, die in Partei und Gewerkschaft eine Funktion haben, müssen erscheinen.

Die Ortsleitung.

Das Proletariat Oberschlesiens weiß, was Sowjetrußland, dieser Feind der Weltrevolution, auch für Oberschlesiens Arbeiter heißt. Es weiß, daß Sowjetrußland nicht zugrunde geht, wenn sich nicht die Reaktion endgültig über die Proletarier stürzt.

Das ist ein ganzes Verzeichnis dafür, daß das Proletariat Oberschlesiens in der ersten Reihe marschieren wird, wenn es gilt die Revolution der internationalen Kontinentalrevolution zu machen.

Die Proletarier Oberschlesiens werden es sich nicht gefallen lassen, daß sie mit ihrem letzten Vermögen die Hungernden Rußlands unterjocht haben, nur damit die kapitalistischen Kriegstreiber die günstige Gelegenheit benutzen, die russischen Brüder durch Kanonen und Maschinengewehre auf die Knie zu zwingen.

Genau so, wie die Proletarier Oberschlesiens fremde ihr Scherlein beitragen zur Unterjochung Sowjetrußlands, genau so werden sie zu allen Winkeln die infamen Kriegstreiber der internationalen Kontinentalrevolution zu hinterreiben wissen.

Das obereschlesische Proletariat, das durch die Bezeugung, durch den Aufstandsummel, durch kapitalistische Nationalisten aus Deutschland und Polen in der schamlosesten Weise gegeneinander aufgebracht worden ist, hat sich auf sich selbst besonnen, und hat durch diesen Akt der Solidarität bewiesen, daß die Erkenntnis, daß der wirkliche Feind die Kapitalisten aller Nationen sind. Gerade Oberschlesiens Arbeiter, deren Land die Entente-Kapitalisten benutzen wollen, um eine Weltfront im Kampf gegen Rußland zu haben, haben jetzt bewiesen, daß die Zeit darüber ist, wo man Schindler mit ihnen treiben kann. Sie haben nicht daran gedacht, daß nicht durch nationale Zerstückelung ihnen geholfen wird, sondern, daß einzig und allein die deutsche und polnische Arbeiterklasse in Verein mit ihren russischen Brüdern das Chaos der kapitalistischen Anarchie lösen können.

Nach dies müssen die Arbeiter aus Rußland und Oberschlesien lernen aus der Solidarität obereschlesischer Arbeiter mit Sowjetrußland. Sie müssen einsehen, daß sie nicht viel zu tunig getan haben, um dem russischen Volk zu helfen. Trotz Hunger und Mangel, trotz noch längerer Stilllegung der Werke haben die Arbeiter in D. S. von ihrem letzten gegeben. Nicht so die Arbeiter in anderen Schlesien. Gering sind erst die Spenden, die gesammelt sind.

Die Arbeiter Schlesiens zum großen Teil von den Gedanken der SPD. und der Gewerkschaften managen, lassen sich von der Partei, in von der Feindseligkeit der Kapitalisten gegenüber der Hilfsaktion bezaubern. Sie müssen in dieser Angelegenheit sich nicht beeinflussen lassen von engen Partei-

standpunkt. Sie müssen erkennen, daß durch das Niederschlagen der ersten Arbeiterrepublik der Befreiungskampf aller Arbeiter auf lange Jahre zurückgeworfen wird.

Deshalb müssen sie in der Partei, in den Gewerkschaften für die Hilfsaktionen Propaganda machen und durch die Tat beweisen, daß Schlesien nicht an letzter Stelle marschieren will. Nehmt Euch das Beispiel der Warenburger Banarbeiter, die aus lokalen Mitteln 1000 M. bewilligten, die kleine Ortsgruppe Rothenburg u. a. zu Herzen und geht für die Hungernden in Sowjetrußland.

## Die Deutsche Adels-Genossenschaft

verleiht an ihre Mitglieder folgende Briefe:  
Landesabteilung Schlesien der Deutschen Adels-Genossenschaft.  
Breslau, den 23. September 1921.

Geehrte Damen und Herren!  
Mitterautsbesitzer Freiherr von Nischthojen, Boguslawitz, Führer des Landbundes Schlesiens, hat der Landesabteilung Schlesiens der Deutschen Adelsgenossenschaft Mehl zur Verteilung überwiesen.

Das Pfund kostet 150 Mark.  
Der Breslauer Konsum-Verein, Herr Direktor Berger, hat in dankenswerter Weise die Herausgabe im Einzelnen übernommen. Jede Person erhält 20 Pfund.

Die Damen und Herren wollen sich bei mir, Goethestraße 51, die Gutscheine über je 10 Pf. gegen Bezahlung von 15,- Mark abholen. Auf dem Gutschein wird die Nummer desjenigen Konsum-Vereins vermerkt sein, aus dem das Mehl, aber nicht unter 10 Pfund, abgeholt werden kann.

Die Gutscheine gelten aber nur für die betreffende Person, deren Name bei der Abholung notiert wird, dürfen keinesfalls veräußert oder an andere Personen weitergegeben werden. Nicht benutzte Gutscheine sind an mich zurückzusenden.

In vorzüglicher Hochachtung  
der Schriftführer  
von Paczensky,  
Generalkommandant z. D.

Die Junker um Nischthojen halten sich gegenseitig die Stange. Sind doch eine ganze Anzahl dieser blaublütigen Herren, die ehrliebe Arbeit nicht gewöhnt sind, „arbeitslos“ geworden. Alle konnten schließlich nicht in den republikanischen Einrichtungen, Reichswehr, Eipo usw., untergebracht werden. Auch die Branche der Schnaps- und Zigarrettenbrenner ist zu überlaufen. Um ihre monarchistische Existenz, die auf Grund des blauen Blutes angeboren ist, zu erhalten, gibt der Landbundsleiter v. Nischthojen Mehl zum Selbstkostenpreis (oder ist das Quantum etwa dem berühmten Umlagegetreide entnommen?) ab. Bezeichnend ist, daß der alte Breslauer Konsum-Verein, dem auch noch immer viele Arbeiter angehören, die Verteilung kostenlos übernimmt. Wir sind neugierig, ob Herr v. Nischthojen auch den anderen Mitgliedern des Breslauer Konsum-Vereins aus dem Arbeiterstand, die sich in solch „erquister“ Gesellschaft befinden, eine Sonderzuteilung von billigem Weizenmehl zukommen läßt.

## Aus der Provinz.

Landeshut. Ein beim Gutbesitzer Gustav Weiß in Krausendorf in Diensten stehendes Mädchen ohne Angehörige ist plötzlich gestorben. Die Beerdigung erfolgt im Rahmen eines Armenbegräbnisses durch freiwillig aus der Gemeinde gestellte junge Träger. Der katholische Totengräber von Landeshut weigert sich unter groben, beleidigenden Ausdrücken an Gräbern, Entwürfe zu leisten. Die Bemühungen der Träger, in der Umgegend Stride zu borgen, um den Sarg herunterzulassen, sind erfolglos. Nach langen, scharfen Auseinandersetzungen mit den Trägern und einer durch den Kravall hinzugekommenen Frau gibt endlich der Totengräber die Entwürfe herauf. Der Totengräber ist allgemein als Grobian bekannt. Auch die Stride gibt selbst die Stride, um einen Sarg in die Grube zu lassen, nur gegen Geld — Geld stinkt ja bekanntlich nicht. Ein drastisches Beispiel für die Unreuegenügsamkeit der allerbunden Pfaffen, ob sie geschickt oder geschoren ihre „schwere Arbeit“ verrichten.

In diesem Beispiel zeigt sich kraß zunächst der Egoismus des Gutbesitzers, der sein Dienstmädchen wohl zum Ausbeuten, aber für die Beerdigung nichts übrig hat. Ferner die Schamlosigkeit der Kirche, der ein Ende gemacht werden wird durch den in den nächsten Wochen zur Eröffnung kommenden Kommunalfriedhof, der dank der Arbeitervertretung im Stadtparlament trotz aller Sabotage der Bürgerlichen, in deren Diensten die Kirche steht, doch zur Ausführung gekommen ist. Die Arbeiter sollten auch an diesem Beispiel erkennen, daß die Kirche immer ein Instrument der jeweils herrschenden Klasse war, und daß die angelegliche Unterstützung der Armen nur ein Mantelchen ist, um das „Volk“ in Dummheit und Demut weiter zu erhalten.

Landeshut. Einen Akt brüderlicher Solidarität bilden die auf Beschluß des Ortsausschusses eingeleiteten Sammlungen für Sowjetrußland. Noch ist erst ein Teil der ausgegebenen Listen zurück, und doch ist schon zu erkennen, daß das menschliche Gefühl und der proletarische Zusammengehörigkeitsgedanke weder vor Religionen noch Parteien Halt macht. Jetzt sind es die Zerstörer, welche in Erkenntnis ihrer eigenen wirtschaftlichen Notlage den Arbeitern und Bauern Rußlands zu Hilfe kommen. So wird uns berichtet, daß allein in den Betrieben der Schlesiens Zerstörerwerke 1543 Mark, der Firma Kinkel, Weberei und Spinnerei, 1122,50 Mark und den übrigen Zerstörerbetrieben 685,50 Mark bis jetzt abgerechnet worden sind. Die Gelder werden nach Abschluß der Sammlung reiflich dem U. S. V. zur Verfügung gestellt, um von dort ihrer Bestimmung gemäß abgeführt zu werden. Ebenso erfolgt dann eine ausführliche Abrechnung in der Arbeiterpresse. An die ihrer Billigkeit nachgelommenen herzlicher Dank, für die anderen im Ansehn, in nichts bei Vorangegangenen zurückzubleiben: Kapital und Reaktion zum Trutz, der Arbeiterschaft aller Länder zum Schut.

Stammesälterer Redakteur: Richard Janus, Berlin Verlos Sozialistischer Partei e. G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichshof-Druckerei G. m. b. H. Berlin SW 48.

**Woll-Zwirn-Garn**  
für Händler und Wiederverkäufer, auch Einzelverk.  
**Erich Fraenkel**  
Breslau V, Gräbschenerstr.  
Hauptg. Reichstraße.

**Schauplatzhaus.**  
Donnerstag und Freitag  
7. Uhr.  
Das Schandwörter.  
Samstag 7. Uhr.  
Zum 1. Male.  
neu einstudiert  
Der Opernbes.  
Sonntag nachmittags 5. Uhr.  
Die Fächer-Gesell.  
Sonntag und Montag 7. Uhr.  
Der Opernbes.

**Zurückgechrt**  
**Dr. Sternberg,**  
LADARZ IM HAUS und  
GEBRUCHS-KRANKHEITEN  
STRASSENKRAUEN  
8-9 11-1 3-6  
**Gartenstr. 62.**

**Altwasser.**  
**Freireligiöse Gemeinde.**  
Sonntag, 2. Oktober, nachmittags halb 2 Uhr  
**Mitgliederversammlung**  
im grünen Baum.  
Frühige Tagesordnung! Erscheinen sämtlicher Mitglieder Pflicht!  
Um 1 Uhr Vorstandssitzung.

**Möbel aller Art**  
zu streng soliden Preisen  
**L. ROSEN, Inhaber 3**